
Kongress 2016 Leitantrag II – Angenommen vom Kongress der CESI am 2. Dezember 2016

Öffentliche Dienste – Ergebnisse erzielen

1. Einleitung

- 1.1. Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, d.h. öffentliche Dienste, sind eine grundlegende Voraussetzung zur Sicherung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Sie geben den Rahmen für Demokratie, Nicht-Diskriminierung und Rechtsstaatlichkeit vor. Sie verkörpern die Werte der EU und spielen eine entscheidende Rolle für die Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts.¹
- 1.2. Öffentliche Dienste sichern das Wohlbefinden der Menschen. Sie bedeuten Wohlstand, indem sie Bildung, Gesundheit, Beschäftigung und sozialen Schutz gewährleisten. Sie halten unsere Gesellschaften zusammen.
- 1.3. Seit 2008 sind öffentliche Dienste von der Wirtschafts- und Finanzkrise stark betroffen. Infolge drastischer budgetärer und personeller Kürzungen wurde die Fähigkeit der öffentlichen Dienste, ihren Auftrag im allgemeinen Interesse zu erfüllen, stark in Mitleidenschaft gezogen. Die akute Flüchtlingskrise steigerte noch den Druck auf die lokalen, regionalen und zentralen Verwaltungen, die ohnehin schon unterbesetzt und unterfinanziert waren.
- 1.4. Die Antworten der EU und der Mitgliedstaaten auf die Krise haben nicht zum Erfolg geführt. Sparpolitiken trugen der wesentlichen Rolle der öffentlichen Dienste für den kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Wiederaufschwung und den Aufbau eines wirtschaftlich und sozial starken, gerechten Europas nicht genügend Rechnung.

¹ Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

- 1.5. Die CESI vertritt über fünf Millionen Beschäftigte – vornehmlich aus dem öffentlichen Sektor – und ist daher äußerst besorgt über die aktuelle europäische Politik und die Zukunft der öffentlichen Dienste in der EU.

Daher strebt die CESI folgende Ziele an:

2. Zugängliche, hochwertige und bezahlbare öffentliche Dienste gewährleisten

- 2.1. Der Zugang zum öffentlichen Dienst ist ein für alle Bürgerinnen und Bürger im EU-Recht fest verankertes Grundrecht.² Dies umfasst “ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte”.³
- 2.2. Die CESI fordert die EU auf, das Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen durch die Schaffung eines eindeutig definierten Rahmens für öffentliche Dienste mit mehr Nachdruck durchzusetzen.
- 2.3. Angesichts der wachsenden Ungleichheiten müssen öffentliche Dienste inklusiv sein. Hierbei muss Nachdruck auf die Inklusion schutzbedürftiger Personen gelegt werden, besonders von Frauen, Jugendlichen, älteren Menschen, Flüchtlingen und Migranten.

3. Die Rolle der öffentlichen Dienste bei der Vertretung des öffentlichen Interesses festigen

- 3.1. Der Staat muss den notwendigen Rahmen bereitstellen, der es den Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, ihre persönlichen Entwicklungsziele zu verfolgen. Er muss soziale Sicherheit gewährleisten. Der Staat ist nicht nur am besten in der Lage, die Kontinuität und Qualität der öffentlichen Dienste zu gewährleisten; es gehört zu seinen Kernaufgaben.
- 3.2. Bei der Erfüllung von Aufträgen von allgemeinem Interesse sind private Akteure oftmals nicht in der Lage, diese in völliger Unparteilichkeit und unter Achtung der Rechtsstaatsprinzipien wahrzunehmen. Viele öffentliche Dienste wurden privatisiert, besonders in den Sektoren Energie, Wasser, öffentlicher Verkehr, Post und Telekommunikation – und manchmal sogar im Strafvollzug. Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten werden gleichermaßen durch die „Vermarktlichung“ der öffentlichen Dienste benachteiligt.
- 3.3. Zur Sicherung des Zusammenhalts der Gesellschaften ist die Vertretung des öffentlichen Interesses von entscheidender Bedeutung. Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Dienste muss eine außerordentliche Priorität darstellen, die keinem anderen Grundsatz unterworfen werden darf – geschweige denn rein wirtschaftlichen Erwägungen.

² Artikel 36 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

³ Artikel 1 des Protokolls Nr. 26 über Dienste von allgemeinem Interesse.

3.4. Die CESI fordert, dass die Rolle des Staates und der öffentlichen Dienste gestärkt wird. Die Wahrnehmung ihrer Aufgaben ohne Diskriminierung muss gewährleistet sein. Im Falle einer Aufgabenübertragung fordert die CESI, dass eindeutige Qualitätskriterien festgelegt werden, um erbrachte Dienstleistungen genau zu überwachen und dafür Sorge zu tragen, dass die wirtschaftlichen Erträge in den öffentlichen Dienst reinvestiert werden.

4. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wertschätzen und deren Vertreterrechte verstärken

4.1. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes garantieren das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf eine gute Verwaltung. Ihre Arbeit sollte höher angesehen und wertgeschätzt werden.

4.2. Um eine effiziente Aufgabenerfüllung zu gewährleisten, müssen die öffentlichen Dienste die Bedürfnisse ihrer Bediensteten berücksichtigen, angemessene Arbeitsbedingungen sichern, die Kenntnisse und Fertigkeiten der Mitarbeiter durch Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen des lebenslangen Lernens auf dem neuesten Stand halten,⁴ Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sowie eine angemessene Vergütung gewährleisten. Änderungen im Berufsumfeld der Mitarbeiter - vor allem im Falle einer Umstrukturierung – sind daher unter deren Beteiligung und mit deren Einbeziehung zu organisieren.

4.3. Die CESI strebt nach mehr Transparenz, Unterrichtung und Anhörung der Beschäftigten, und zwar vor allem dann, wenn organisatorische Veränderungen der Dienste sich auf die Beschäftigungsbedingungen auswirken oder Arbeitsplätze bedrohen können. Die Gewerkschaften erfüllen eine wesentliche Funktion zum Schutz und Ausbau der öffentlichen Dienste. Daher fördert die CESI auch weiterhin die Rolle des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten und setzt sich engagiert für die Wiederaufnahme und Erweiterung der nationalen und europäischen sozialen Dialoge ein.

5. In der Zeit nach der Krise die Investitionen in die öffentlichen Dienste erhöhen

5.1. Effiziente und hochwertige öffentliche Dienste brauchen kompetentes, gut ausgestattetes und motiviertes Personal. Gemäß dem EU-Vertrag sollen auch die europäischen Institutionen die Voraussetzungen für die Bereitstellung und Finanzierung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse schaffen.⁵ Einseitige Sparmaßnahmen, erzwungen unter anderem durch die wirtschaftspolitische Steuerung der EU, haben die öffentlichen Dienste in vielen Mitgliedstaaten in den letzten Jahren ihrer wesentlichen Ressourcen beraubt. Jetzt ist es entscheidend, einen politischen Paradigmenwechsel einzuleiten, damit die öffentlichen Dienste endlich als Investition in die Menschen und nicht mehr als Kostenfaktor für die Gesellschaft wahrgenommen werden.

⁴ Siehe Antrag 3 über die Digitalisierung.

⁵ Artikel 14 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

- 5.2. Ausgaben für das "Humankapital" erzielen mit der Zeit nachhaltige positive makroökonomische und steuerliche Erträge. Soziale Investitionen tragen zur wirksamen Bekämpfung hoher Arbeitslosigkeit und zur Integration von Flüchtlingen und schutzbedürftigen Menschen in unsere Gesellschaften bei. Sie versprechen Lösungen angesichts der demografischen Herausforderungen, da sie eine Steigerung der Geburtenrate, Verbesserung der inneren Sicherheit und die Erfüllung der Europa 2020 Ziele ermöglichen. All dies ist entscheidend für eine bessere soziale Kohäsion und soziale Gerechtigkeit. Außerdem hat sich gezeigt, dass Volkswirtschaften dank höherer sozialer Investitionen makroökonomischen Schocks besser standhalten und Krisen erfolgreicher bestehen.
- 5.3. Die CESI fordert daher, dass Staaten wieder mehr in öffentliche Dienste in staatlichem Besitz investieren und sich zunehmend für öffentlich-öffentliche anstelle der privat-öffentlichen Partnerschaften (PPP) und Outsourcing einsetzen. Es bestehen aufgrund der mangelnden demokratischen Kontrolle über PPPs weiterhin berechtigte Zweifel an deren langfristiger Kosteneffizienz, wahren Interessenlagen und ausreichenden Rechenschaftspflichten. Die Finanzierung der öffentlichen Dienste muss transparent und in eine aktive Kommunikationsstrategie zur Förderung von hochwertigen Diensten eingebettet sein.
- 5.4. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen anerkennen, dass in den öffentlichen Haushalten keine Ausgabenkürzungen vorgenommen werden dürfen, die eine Gefährdung der ordnungsgemäßen Leistung der öffentlichen Dienste mit sich bringen. Die Mitgliedstaaten müssen für den öffentlichen Dienst ausreichend Ressourcen bereitstellen um eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung zu gewährleisten und um notwendige Investitionen in dem öffentlichen Dienst zu tätigen.

6. Steuerbetrug und Steuerflucht bekämpfen, um die Staatsfinanzen und die Einhaltung des Gesellschaftsvertrags zu gewährleisten

- 6.1. Steuerbetrug und Steuerflucht sind schädlich für die grundlegenden öffentlichen Dienste. Die Steuerdelikte tragen zur Verknappung der Finanzmittel in öffentlichen Diensten bei, kompromittieren die gerechte Verteilung der Lasten auf alle Steuerpflichtige und unterbinden die Umverteilungsfunktion des Steuerwesens.
- 6.2. Der öffentliche Dienst muss auf einem gerechten, progressiven und effizienten Steuerwesen beruhen. Die CESI befürwortet stärkere politische Bemühungen sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten, um Steuerbetrug, Steuerflucht und Korruption zu bekämpfen und Steueroasen auszutrocknen.
- 6.3. Mehr Investitionen in die öffentlichen Dienste in Form von humanen und materiellen Ressourcen und im weiteren Sinne in die Arbeitsbedingungen der Steuerbediensteten sind dringend erforderlich, damit diese die fälligen Steuern effizienter einziehen können.
- 6.4. Ferner ist es unerlässlich, dass die Mitgliedstaaten und EU-Institutionen dem jetzigen, auf einem unfairen Steuerwettbewerb beruhenden Wettlauf nach unten ein Ende bereiten und gewährleisten, dass die Unternehmen ihren gerechten Steuerbeitrag zur Finanzierung

qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste leisten (z.B. durch die Einführung einer länderweisen öffentlichen Meldepflicht, einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und einer Finanztransaktionssteuer).

7. Die öffentlichen Dienste vor Handelsabkommen schützen

- 7.1. Obgleich sie durchaus potenzielle Instrumente zur Förderung von Wachstum und Wohlstand darstellen, können Handelsabkommen auch Risiken für angemessene Beschäftigung, soziale Kernrechte, die Umwelt und den Gesundheits- und Verbraucherschutz, die in den Rechtsvorschriften der EU und der Mitgliedstaaten fest verankert sind, bedeuten. Der durch den Freihandel verursachte Liberalisierungsdruck kann sich durchaus negativ auf die Erbringung Bereitstellung öffentlicher Dienste auswirken, vor allem unter den Gesichtspunkten des Umfangs und der Qualität. Er kann zu einer Senkung der Zollgebühren und Abgaben der Staaten führen, was sich in der Folge bereits häufig negativ auf die öffentlichen Dienste ausgewirkt hat.
- 7.2. Die CESI erinnert an die wesentliche Aufgabe hochwertiger öffentlicher Dienste mit Blick auf Europas Stellung in einer Welt, die vom globalen Wettbewerb geprägt ist, und fordert den ausdrücklichen Ausschluss öffentlicher Dienste aus dem Geltungsbereich der Freihandelsabkommen sowie deren wirksamen Schutz davor.